

# Protokolleintrag vom 13.01.2010

2010/17

Erklärung der SP-Fraktion vom 13.01.2010:

Allgemeine Polizeiverordnung (APV), Neuerlass

Namens der SP-Fraktion verliest Dr. Claudia Nielsen (SP) folgende Fraktionserklärung:

Diskussions- und Arbeitsverweigerung einer Mehrheit des Gemeinderats:

Die Allgemeine Polizeiverordnung (APV) wird vielleicht von einer hauchdünnen Mehrheit des Rats zurückgewiesen. Obwohl die sozialdemokratische Fraktion ebenfalls Mängel in der Vorlage sieht, erachten wir diese Rückweisung als Armutszeugnis. Es wäre die Aufgabe der vorberatenden Kommission und der Fraktionen gewesen, diese Mängel zu beseitigen, die Vorlage zu bereinigen und Mehrheiten für eine tragfähige Lösung zu finden. Stattdessen drücken sich einige Parteien im Gemeinderat vor dieser Aufgabe und wollen diese wieder an den Stadtrat zurückgeben. Dies ist insofern erstaunlich, als ausgerechnet jene Fraktionen, die sonst keine Gelegenheit auslassen, es besser zu wissen als der Stadtrat, kein Vertrauen in die gesetzgebenden Kompetenzen des Gemeinderats haben. Die SP-Fraktion hätte sich der Diskussion und der Arbeit gestellt. Offensichtlich ist diese Arbeit SVP, FDP, Grünen und AL zu mühsam, oder aber sie trauen es sich selber nicht zu, die Verordnung zu erlassen.

Wie bereits erwähnt, gibt es tatsächlich fragwürdige Punkte in der APV. Die SP ist der Ansicht, dass Artikel 5 „Störung der öffentlichen Sicherheit“ zu viel Interpretationsspielraum offen lässt. Dass der Stadtrat bei Hochrisikospielen im Stadion und in der unmittelbaren Umgebung ein Alkoholverbot verfügt, kann man diskutieren. Generell alkoholfreie Zonen sind hingegen fragwürdig. Ebenso sollte man sein Velo auf dem Trottoir vor dem Haus reparieren dürfen – dass man dabei keine Unordnung hinterlassen soll, ist anderswo geregelt. Auch das Verbot von Übernachten im Freien lehnen wir ab. Hinzu kommt – dies an die Adresse von AL und Grünen –, dass die APV endlich eine Gelegenheit geboten hätte, die Kennzeichnung von Polizeikräften im unfriedlichen Ordnungsdienst durchzusetzen. Die APV ist die Verordnung zum kantonalen Polizeigesetz auf städtischer Ebene. Es herrscht daher Konsens, dass eine APV nötig ist und dass diese schlank und nicht überladen sein soll. Die Verzögerungstaktik von SVP, FDP, Grünen und AL bringt inhaltlich gar nichts, sondern verschiebt nur eine sowieso nötige Diskussion auf später. Hinzu kommt, dass der mit der Rückweisung verbundene Auftrag komplett unklar ist. Die SP-Fraktion wird sich der Diskussion auch bei einer Neuauflage stellen und hofft, dass dazumal der Gemeinderat nicht wieder wegen strittigen Punkten kneift, sondern seine Verantwortung wahr nimmt.